

BESTE WÜNSCHE AN DIE ABGEORDNETEN, DIE NICHT MEHR ANTRETEN

Eine Reihe namhafter Politiker tritt nicht mehr zur Bundestagswahl an – unter anderen haben sich Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, Bundestagspräsident Norbert Lammert oder Grünen-Urgestein Hans-Christian Ströbele gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Diejenigen, die sich neu orientieren oder in den Ruhestand gehen, sei nur das Beste für die Zukunft jenseits des politischen Trubels zu wünschen! Viel Freude im neuen Lebensabschnitt!

KOMMENTAR

»DER RASSISMUS IST WIEDER DA«

Von Alice Greschkow

Am Sonntag wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die AfD in den Bundestag einziehen. Jenseits der Tatsache, dass es sich um eine reaktionäre Partei handelt, die das parlamentarische System Deutschlands sowie die EU gravierend verändern möchte, fallen die Politiker der Partei durch rassistische und xenophobe Äußerungen auf. Recherchen, die zeigen, wie stark einige zukünftige Abgeordnete vom Neonazi-Gedankengut inspiriert sind, scheinen die Wähler nicht abzuschrecken. Ein Teil wird für die AfD aus »Protest gegen die etablierten Parteien« wählen, ein anderer Teil wird aber auch das Kreuzchen setzen, weil es mit den fremdenfeindlichen Parolen sympathisiert und anders als bei der NPD nun Vertreter gefunden zu haben scheint, die dies salonfähig machen können. Ja, die AfD zieht Wählerstimmen durch offen artikuliert Fremdenfeindlichkeit.

Diese Wahl ist die Entzauberung des Gedankens, dass die Vergangenheitsbewältigung in Deutschland flächendeckend zu Toleranz und der Lehre über die Gefahren von Rassismus führte. Es darf nicht vergessen werden, dass sowohl die Vergangenheitsverarbeitungen an Schulen in den ehemaligen DDR-Bundesländern auf eine vollkommen andere Art und Weise erfolgt ist, als auch, dass die sukzessive Gewöhnung an Gastarbeiter anders ablief. Während in der ehemaligen DDR Gastarbeiter, beispielsweise aus Vietnam, durch den ideologischen Überbau des Sozialismus eine künstliche Ebene von Nähe schafften, lief der Diskurs über Überfremdung und die Akzeptanz des »Anderen« über viele Jahrzehnte harscher und konfrontativer.

Inzwischen muss man sich eingestehen, dass Rassismus ein reales Problem auch in Deutschland ist und nicht alle Bürger bei der pazifistischen Schlussfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg angekommen sind. Darüber hinaus verlieren gerade die jungen Wähler die Berührungspunkte zu Holocaust-Überlebenden oder Familienangehörigen, die selbst vom Krieg oder Flucht betroffen waren.

Natürlich ist das nur ein Teil der Erklärung über den Aufstieg von rassistischem und fremdenfeindlichen Gedankengut. Deutschland liegt damit im Durchschnitt – sowohl in anderen EU-Staaten, als auch in den USA führt die Suche nach Sicherheit, Gemeinschaft, Verbundenheit und Unterstützung dazu, dass Menschen xenophob werden. In einer Zeit, in der der US-Präsident das Thema des Atomkriegs wieder zu einem realistischen globalen Szenario werden ließ, ist Angst ansteckend. Es sind Ängste um den eigenen Status, um die Sicherheit, um die Zukunft.

Mittlerweile gibt es Untersuchungen darüber, dass die AfD mit ihren Parolen, Online-Memes und dem Aufbau eines klaren Feindbildes – die muslimischen Flüchtlinge – ein Gemeinschaftsgefühl unter den Anhängern schafft. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die vermeintliche Solidarität verleihen das Gefühl von mehr Sicherheit – die Kaskade der Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit ist perfekt.

Die Tatsachen werden am Sonntag geschaffen und dann müssen die hässlichen Erkenntnisse auch benannt werden: ja, Ungleichheit und Ängste über das eigene Leben beflügelten die AfD-Wählerschaft, aber ja, es gibt schlicht auch Rassisten in diesem Land und der Umgang damit wird eine der brisantesten Herausforderungen für die mittlerweile stark heterogene Gesellschaft in Deutschland.

BUNTES AUS BERLIN

ASIAN FILM FESTIVAL BERLIN

Zwischen dem 7. und dem 14. Oktober findet das »Asian Film Festival Berlin« im Ballhaus Naunynstraße statt. Asiatische Künstler, die sowohl in ihren Heimatländern, aber auch in der Diaspora leben, werden Dokumentar- und Spielfilme während des Filmfestivals vorstellen. Filme aus der Mongolei, Japan, China, Thailand, Südkorea und Kambodscha werden gezeigt. Zusätzlich findet zwischen dem 2. und 6. Oktober ein Kurzfilm-Workshop vor Beginn des Festivals statt. Der Preis für eine Filmvorführung liegt bei acht Euro, mit Ermäßigung bei sechs Euro. Die Tickets werden vor Ort verkauft (Ballhaus Naunynstraße, Naunynstraße 27, 10997 Berlin).

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ENDE DES ATOMABKOMMENS MIT DEM IRAN WÄRE GEFÄHRLICH



Foto: Benno Krähhahn

Von Dr. Rolf Mützenich, MdB (SPD),
Vizevorsitzender der Bundestagsfraktion;
Quelle: BT-Fraktion SPD

Weder der Auftritt noch der Inhalt der Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Vereinten Nationen sind akzeptabel. Im Gegenteil: Die atomaren Verneinungsdrohungen gegen Nordkorea sind empörend und politisch absolut unverantwortlich. Es ist eine bittere Erkenntnis, dass mit dieser Regierung in Washington bisher für unverrückbar geglaubte gemeinsame Positionen und Interessen erschöpft sind. Es gibt weder eine gemeinsame Sprache noch eine gemeinsame Haltung zu den internationalen Krisen.

Die Bundeskanzlerin muss nun auch außerhalb von Wahlkampfveranstaltungen deutlich machen, dass auf einer solchen Basis die transatlantischen Beziehungen vor einer dramatischen Wende stehen. Europäische und deutsche Interessen werden durch diesen Präsidenten massiv gefährdet.

Eine Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran ist nicht nur gefährlich, sondern auch ein Vertrauensbruch gegenüber der EU, deren Hohe Beauftragte jahrelang die Gespräche mit Teheran vorangetrieben hat. Damit hat der US-Präsident zugleich möglichen diplomatischen Bemühungen um eine Regelung des nordkoreanischen Atomprogramms den Boden unter den Füßen entzogen. Die Aufforderung an die internationale Staatengemeinschaft, Initiativen allein an nationalen Zielen zu messen, sind ein Affront und eine Missachtung der Charta der UN. Das unterhöhlt die Arbeit Deutschlands in zahlreichen regionalen und internationalen Organisationen. Die Bundesregierung, an erster Stelle die Bundeskanzlerin, muss mit europäischen Partnern gemeinsam deutlich dem amerikanischen Präsidenten widersprechen und selbstständige Schritte vorantreiben.

SPANIEN: ESKALATIONEN VOR UNABHÄNGIGKEITSREFERENDUM KATALONIENS

Wenige Tage vor dem Unabhängigkeitsreferendum der Provinz Katalonien eskaliert die Situation in Spanien: die Zentralregierung in Madrid beauftragte die Polizisten der Guardia Civil, die Räume der katalonischen Regierung zu durchsuchen. Bei den Razzien sollten Beweise über die Regionalregierung und deren Unterstützung des Unabhängigkeitsreferendums am 1. Oktober gefunden werden. Die Zentralregierung in Madrid sieht dieses als illegal.

Als die Polizei vor dem Außen- und Wirtschaftsministerium der autonomen Region vorfuhr, bildeten sich spontan Proteste. 14

Personen wurden verhaftet, unter ihnen auch Wirtschafts- und Finanzstaatssekretär Josep Maria Jové. Die spanische Regierung unter Premier Rajoy versucht seit Monaten eine mögliche Abspaltung zu verhindern – die spanische Verfassung würde keine Unabhängigkeit von Regionen vorsehen. Sollte beim Referendum eine Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmen, so würde diese bereits ab dem 4. Oktober ausgerufen werden. Gegenwärtig sind die Spanier gespalten. Da die wirtschaftliche Lage sich langsam erholt, sinkt der Zuspruch für die Unabhängigkeit leicht.

STREIT UM TÜRKISCHEN KONSULATSUNTERRICHT IN BERLIN

Auf Anfrage der SPD-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus, Maja Lasic, untersuchte die Bildungsverwaltung die Stundenpläne des Konsulatsunterrichts. Das Ergebnis deutet auf eindeutige »religiöse und nationalistische Inhalte« hin, was allerdings zu keiner großen Verwunderung führte. Bereits 2003 wurde der Stundenplan kritisiert, Grünen-Politiker Özcan Mutlu forderte eine Strategie für die Hauptstadt, um die knapp 3.000 Schüler mit einem angemessenen alternativen Bildungsangebot zu versorgen. Mangels Personal wurde diese Idee jedoch nicht umgesetzt.

Insgesamt wird an 100 Schulen zusätzlicher türkischer Konsulatsunterricht, der auf die sprachliche Bildung der Kinder und Jugendlichen abzielt, angeboten.

Das Abgeordnetenhaus entwickelte nach Bekanntgabe der Stundenplananalyse einen neuen Plan für ein alternatives Angebot für Familien, die ihren Kindern die türkische Sprache vermitteln wollen, ohne dabei auf die bisherigen Strukturen zugreifen zu müssen.

Um die Personalfrage zu klären, sollen nun auch Volkshochschulkräfte eingebunden werden.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

STUDIE: NORD STREAM 2 KANN KUNDEN STARK ENTLASTEN

Durch die russisch-europäische Gaspipeline Nord Stream 2 könnten Kunden 2020 knapp acht Milliarden Euro sparen – dies war das Ergebnis der Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln (EWI).

Das EWI entwickelte zwei Szenarien, die sich an der asiatischen Nachfrage von verflüssigtem Erdgas (LNG) orientierten und kamen zu dem Resultat, dass für 2020 bei einer überdurchschnittlich starken Nachfrage sogar über 20 Milliarden Euro Gas-

kosten gespart werden können.

Das politisch umstrittene Projekt erhitzt nicht zuletzt auch wegen der harschen US-Sanktionen die Gemüter, sondern auch wegen der Versorgungssicherheit und Energiediversifikation in der Europäischen Union.

Für das Jahr 2025 prognostizieren die Wissenschaftler der Uni Köln sogar größere Ersparnisse – je nach Nachfrage in Asien könnten zwischen zwölf und 35 Milliarden Euro jährlich gespart werden.

AIR BERLIN: ZERSCHLAGUNG ZWISCHEN LUFT-HANSA, CONDOR UND EASYJET

Die Hinweise verdichten sich, dass Air Berlin von den Fluggesellschaften Condor, Easyjet und der Lufthansa aufgeteilt wird. Dabei wird Lufthansa über die Übernahme der wertvollen Tochter Niki exklusiv verhandeln. Lufthansa möchte dabei 3.000 bis 8.000 Mitarbeiter mit dem Verkauf in die neuen Strukturen integrieren. Diese Verhandlungen seien auf Ende Oktober terminiert.

Easyjet hingegen interessiert sich besonders für die Flugzeuge und Slots am Standort Berlin sowie für einzelne Verbindungen in München und Düsseldorf. Weitere Ver-

handlungsdetails sollen am Montag veröffentlicht werden.

Für die Berliner wird die Zerschlagung voraussichtlich schlechte Konsequenzen haben. Vor allem die Lufthansa kündigt an, die Gäste für Langstreckenziele erst zu den Drehkreuzen nach Düsseldorf und Frankfurt zu befördern. Viele Direktlinien in weite Zielorte werden gestrichen.

Frankfurt am Main ist der Gewinner – alle drei Übernahmeunternehmen sitzen dort und zahlen vor Ort Steuern. Die begehrten Flugslots sollen die Gewinne und Steuereinnahmen weiter ankurbeln.

CETA-ABKOMMEN IST VORLÄUFIG IN KRAFT GETRETEN

Am Donnerstag ist das umstrittene Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada vorläufig in Kraft getreten. Die Europäische Kommission ließ verlauten, dass ab dem ersten Tag 98 Prozent der Zölle entfallen, sodass eine jährliche Ersparnis von 590 Milliarden Euro prognostiziert wird.

Die Proteste gegen das Abkommen gehen bisweilen weiter. Besonders Umweltschutz, die Intransparenz des Entscheidungsverfahrens und mögliche Gefahren für soziale Standards werden von globalisierungskritischen Organisationen wie Attac kritisiert. Auf die Abstimmung einiger EU-Parlamente wird noch gewartet.

PERSONALIEN

SCHLIE UND COSSE IN NEUEN POSITIONEN BEI SAP

Ina Schlie (50) ist Senior Vice President Government Relations für Deutschland, Mittel- und Osteuropa von SAP. Sie folgt auf Vice President Government Relations Mike Cosse (44), der fortan als Head of Global Strategy & Operations der Abteilung Digital Government bei SAP fungiert. Schlie war zuvor Head of Global Tax im Walldorfer Softwarekonzern. Beide berichten an Peter Selfridge, Global Head of Digital Government bei SAP.

GÜLLNER KOMMUNIZIERT FÜR DEN EAD

Lutz Güllner (46) ist vom 16. Oktober an neuer Leiter der Strategischen Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) in Brüssel. Bislang leitete er die Kommunikationsabteilung der Generaldirektion Handel in der Europäischen Kommission. Er folgt auf Michael Mann, der vor Kurzem seinen neuen Posten als Leiter der EU-Delegation in Island angetreten hat. Güllner wird an Silvio Gonzato, den Direktor für Parlamentsangelegenheiten, Rechtsfragen und strategische Kommunikation, berichten.

SCHMIDT IST PRÄSIDENT DER BCCG

Michael Schmidt (Jg. 1960) ist am 12. September vom Verwaltungsrat der British Chamber of Commerce in Germany (BCCG) zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er ist der Nachfolger von Norbert Strohschen, der 16 Jahre lang an der Spitze der BCCG stand. Schmidt hat sein Amt am 14. September angetreten.

SCHOLTYSIK WIRD PARTNER BEI FUCHS & CIE.

Felix Scholtysik (32) wird zum 1. Oktober Partner im Frankfurter Büro der Unternehmensberatung für Strategie und Kommunikation Fuchs & Cie. Er wird vor allem die wachsende Zahl der Klienten am Standort Frankfurt betreuen und sich um den weiteren Ausbau der internationalen Geschäftsaktivitäten kümmern. Scholtysik kommt von Hering Schuppe-ner, wo er global agierende Kunden aus Finanzbranche, Wirtschaft und Industrie beriet. Fuchs & Cie. wurde 2014 von Georg Fuchs gegründet.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

SCHWEDISCHE BOTSCHAFT ZU STADTPLANUNG UND KINDERN

Am 26. September findet eine Gesprächsveranstaltung der Schwedischen Botschaft zum Thema »Framing Childhood: Kindergartenpolitik, die Rolle der Väter und Architektur & Stadtplanung für Kinder« statt; Nordische Botschaften, Rauchstraße 1, 10785 Berlin. Eine Anmeldung ist erforderlich, Beginn ist um 14 Uhr.

WORTE DER WOCHE

»Ich halte das für zutiefst undemokratisch, für fast monarchisch sich dem zu verweigern.«

Die österreichische Journalistin Eva Menasse über Angela Merkels Absage an ein weiteres Kanzlerduell.

»Wir sollten die Debatte damit beginnen, was der Euro-Zone fehlt: Widerstandsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität.«

Jeroen Dijsselbloem, Euro-Gruppenchef, über eine mögliche Erweiterung der Euro-Zone.

»Gerade wer zornig und anderer Meinung ist, sollte selbst das Wort ergreifen, statt andere zum Schweigen bringen zu wollen.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kritisiert aggressive Proteste im Wahlkampf.

»Ich sehe das für den Bund durchaus als Modell an.«

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident, zur Koalition mit der CDU.

»Wir werden eine gute Zukunft nur haben, das lehrt die Geschichte, wenn wir Europa zusammenhalten, und zwar das ganze Europa. Wieder und wieder.«

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

»Trumps ignorante Hassrede gehört ins Mittelalter – nicht vor die UN des 21. Jahrhunderts. Sie sind keine Antwort wert.«

Mohammed Dschawad Sarif, iranischer Außenminister. Trump hatte den Iran als »wirtschaftlich ausgelaugten Schurkenstaat« bezeichnet.

»Ich prophezeie, dass es keinen russischen Präsidenten geben wird, der die Krim wieder aus Russland ausgliedern wird.«

Altkanzler Gerhard Schröder, warnt vor einer drohenden Entfremdung zwischen Deutschland und Russland.

»In den kommenden Monaten aber braucht das europäische Projekt einen Peitschenhieb. Auch mit Hilfe der deutsch-italienischen Beziehungen.«

Enrico Letta, ehemaliger italienischer Premier.

»Andererseits muss man die allergrößte Sorge haben, dass das Abkommen trotzdem zerstört wird.«

Außenminister Sigmar Gabriel befürchtet, dass der Atomdeal mit dem Iran platzen würde, obwohl der Iran die Bedingungen dafür erfüllt.

TERMINE

27.9. BÖLL-STIFTUNG ZUR STADTENTWICKLUNG

Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema »Stadt für alle?! Auf der Suche nach Wegen zu einer Stadtgesellschaft ohne Ausschlüsse«. Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Sebastianstraße 21, 10179 Berlin (Anmeldung erforderlich).

27.9. TELEFÓNICA BASECAMP ZU DIGITALISIERUNG UND WAHLKAMPF

Gesprächsveranstaltung von Telefónica Basecamp und der American Academy in Berlin zum Thema »Digital Masterminds: Deutschland, die Digitalisierung und der Wahlkampf«, unter anderem mit dem Writer-at-Large der New York Times, Roger Cohen und dem Deutsche Welle-Chief News Anchor, Brent Goff. Telefónica BASECAMP, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

28.9. AMERICAN ACADEMY ZUR US-AUSSENPOLITIK

Vortragsveranstaltung der American Academy in Berlin zum Thema »The Postwar Order (1945-2017): An Assessment of Trump's World«, unter anderem mit dem Kolumnisten der New York Times, Roger Cohen. American Academy in Berlin, Am Sandwerder 17-19, 14109 Berlin (Anmeldung erforderlich).

4.10. 12. DBB MEDIENKONFERENZ 2017 ZU FAKE NEWS

Konferenz des dbb beamtenbunds und tarifunion zum Thema »12. dbb Medienkonferenz: Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität«, unter anderem mit dem dbb Bundesvorsitzender, Klaus Dauderstädt, der Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg, Patrica Schlesinger und der medienpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Tabea Rößner. dbb forum berlin, Friedrichstraße 169-170, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).